

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 12 M.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstellen-Anzeigen die
3 geplante Petit-Zeile
1,50 M.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzettel: Nr. 35816, Postleitzettel Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Tagung des 14. ordentlichen Verbandstages.

begann am Sonntag, dem 9. Juli, nachmittags 6 Uhr, im Volksbildungshaus zu Frankfurt a. M. Herkömmlicherweise vollzog sich an diesem Sonntagnachmittag immer die Konstituierung des Verbandstages. Eingeleitet wurde die Tagung durch gut zu Gehör gebrachte Ehrengäste des Gesangvereins "Metzengrupp" (Niederrad), durch Begrüßungsansprachen des Kollegen Fischer, dem Leiter unserer Frankfurter Zahnstelle, des Stadtrats Langemann, als Vertreter der Stadt Frankfurt, und des Kollegen Michael Borsig, Vorsitzenden des Ortsausschusses. Neben 194 Delegierten, 8 Vorstandsmitgliedern, den Branchen- und Gauleitern, einem Vertreter des Verbandsausschusses und einem Vertreter des Gewerkschaftsbundes nahmen eine Anzahl von ausländischen Gästen teil. Es vertreten: das Internationale Sekretariat der Fabrikarbeiterverbände O'Grady (London), den belgischen Bruderverband Goblet und Bassin, den dänischen Johansen, Dreyer, Brun, den holländischen Jurgens und van Beursum, den österreichischen Ottendorfer, den schwedischen Söder und den norwegischen Engard.

Nachdem der Kollege Breit den Verbandstag für eröffnet erklärt hatte, folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste, deren Ausführungen im Protokoll nachgelesen sind. Hierauf erfolgte die eigentliche Konstituierung des Verbandstages. Als Vorsitzende wurden Brey (Hannover), Fischer (Frankfurt a. M.), Schönfeld (Leipzig) gewählt, denen 4 Schriftführer zur Seite stehen. Nach Einsetzung einer Mandatssprüfungskommission wurde die Geschäftsführung und die Tagesordnung in der vom Vorstand vorgelegten Form festgelegt.

Die eigentlichen Arbeiten des Verbands-

parlaments.

Brey erstattete hierauf den Vorstandbericht. Er führt etwa aus: Der Vorstand hat sich bei seiner Tätigkeit in den Grenzen der vom letzten Verbandstag gegebenen Richtlinien gehalten. Allerdings ist der Versuch gemacht worden, den Vorstand aus dem gestellten Rahmen herauszuholen. Diesem Drängen widerstand der Vorstand, besonders wenn und weil für die verschiedensten Pläne die ökonomischen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Auch als bei Auffüllung der bekannten 10 Punkte des Gewerkschaftsbundes zur Sozialisierung und Steuerfrage der allgemeine Kampf mit allen Mitteln gefordert wurde, konnten wir dieser Aufruf nicht folgen. Bei unseren Kämpfen entscheiden die Wirtschaftslage und die organisatorischen Machtverhältnisse. Im Februar dieses Jahres lagen die Dinge nicht so, daß wir dem Bundesvorstand empfohlen konnten, einen derartigen Kampf aufzunehmen; noch konnten wir ihn mit unseren Verbandsorganen entfesseln. Es wäre um Sein oder Nichtsein unserer Organisation gegangen, wäre zum Weißwölken gekommen. Wir konnten der von einer süddeutschen Fde ausgegebenen Parole „drauf und dran“ nicht folgen und wir haben uns da als die besseren Taktiker erwiesen. Unsere ganze Tätigkeit war und ist Klassenkampf. So wird es auch zumindest bleiben. Manche Kollegen fassen den Klassenkampf so auf, daß jedes Zusammensein mit Unternehmern oder ihren Vertretern an einem Verhandlungstisch zu vermeiden sei. Aber dadurch haben wir unseren Mitgliedern wesentliche Vorteile errungen. Man sieht sich einmal die Ausgaben unseres Verbandes für Lohnkämpfe an. 1921 haben wir 20 Millionen Mark und im ersten Halbjahr 1922 sogar 30 Millionen Mark für Lohnkämpfe ausgegeben. Bezugslinie des Kampfes in Leverkusen will man dem Vorstand ein Misstrauensvotum ausspielen. Aber der Vorstand hat nur seiner Pflicht und den Verbandsfunktionen gemäß gehandelt. Der Misstrauensantrag muß also an eine andere Adresse gerichtet werden.

Den Ressortbericht erstattet der Kollege Höhler. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und gibt einige Erläuterungen dazu. Er vertraut auf die dem Verbande erwachsenen ungeheuren Aufgaben und erklärt: Soll der Verband in Zukunft seine Aufgaben erfüllen können, so kommt der Verbandstag um eine einschneidende Finanzreform nicht herum.

Den Auschußbericht erstattet Bruns (Hamburg). Es sind in der Geschäftsfürperiode nicht viele Beschlüsse eingegangen. Nur in einem Falle wurde gegen die Verhältnisse des Auschusses Protest beim Beirat erhoben, der jedoch der Entscheidung des Auschusses beitrat. Bruns beantragt, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen.

Den Redaktionsbericht gibt der Kollege Brüll. Er stellt fest, daß im letzten Jahre die Proteste gegen die Schreibweise des "Proletariers" nur noch vereinzelt eingegangen sind. Daraus darf man auf einen Befreiungsprozeß im Verbandsleben schließen. Der "Proletarier" ist zweitlos im rein gewerkschaftlichen Sinne, im Interesse der Gesamtmitgliedschaft und in Übereinstimmung mit der Verbandsleitung und der großen Mehrzahl der Mitglieder redigiert worden. Mehrere vorliegende Anträge verlangen, daß die Reparation in Zukunft ihre Angriffe gegen die Kommunisten zu unterlassen habe. Prüß erklärt, daß er sich nicht gegen die Kommunisten und nicht gegen deren Partei wende, sondern lediglich gegen deren verhindrige Tätigkeit. Das wird auch in Zukunft nichts anders sein können.

In der Diskussion wandt sich Prüß (Köln) gegen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes beim ADGB. In der Sozialisierungsfrage wurde die Arbeiterschaft bitter enttäuscht. Die Behandlung der Kommunisten durch den Verbandsvorstand kann man nicht gut heißen.

Kimmich (Mügeln) gibt zu, daß die Vorstandstätigkeit wesentlich von der in früheren Jahren abwich. Er hat manches Gute gemacht. Aber muß man denn das besonders betonen? In der Lebhaftigkeit einer Angelegenheit muß man den dortigen Kollegen ein Teil Recht zubilligen.

Büchner (Ludwigshafen) wandt sich gegen die Arbeitsgemeinschaften, denn sie hemmen jeden Fortschritt. Artikel wie jener: "Wie lange noch?", dürfen im "Proletarier" nicht erscheinen.

Schneider (Erfurt) betont, daß unser Verband beim Streik in den Gewerken dafür gesorgt hat, daß der gewerkschaftliche Einfluß erhalten bleibt. Der heutige kommunistische Parteiführer Roemer wollte diesen Einfluß zunehmend machen. Die radikale Arbeiterschaft im Gewerbe wollte durch Streikdurchsetzung die Einführung des Altvord- und Prämiensystems erzwingen.

Reimann (Berlin) erklärt, die Vorgänge in Höchst, Leverkusen und in den Gewerken waren nichts anderes als die Auswirkung der These, jeden lokalen Kampf zum Generalstreik und zur Weltrevolution zu erweitern. Reimann erachtet, doch nicht in jedem Unterstandenden einen Verräter zu erblicken. Zur Haltung des "Proletariers" übergehend, glaubt der Redner feststellen zu können, daß heute sämtliche Gewerkschaftsredakteure nicht auf der Höhe seien. Früher wäre es besser gewesen.

Die Kollegin Girr (München) wandt sich gegen den Antrag der Zahnstelle Dresden, der verlangt, "die Lieferung der gewerkschaftlichen Frauenzeitung fällt weg".

Weitere Redner wandten sich noch gegen die Arbeitsgemeinschaften.

Brunn (Berlin), als Vertreter des ADGB, geht auf die Angriffe gegen die Arbeitsgemeinschaften und die 10 Punkte ein. Man schimpft gegen die Arbeitsgemeinschaften und meint die Tarifgemeinschaften. Vorläufig hängt unsere Mitarbeit in den Außenhandelsstellen, im Reichswirtschaftsrat usw. noch ab von der Mitwirkung in den Arbeitsgemeinschaften.

In der weiteren Debatte wird von einigen Rednern die heutige Art, "Tarifabschlüsse" zu tätigen, scharf kritisiert, wobei auch die politischen Einstellungen, die auf die Lokalverwaltungen Einfluß auszuüben versuchen, zur Sprache kommen. Besonders für Halle a. d. S. wurde von Hiebing (Hannover) nachgewiesen, daß man dort den Wechsel des Parteimitgliedsbuches als Voraussetzung für weiteres Wirken als Verbandsangestellter forderte. Ausgeschlossen aus dem Verband, so führt Thiemig aus, würden nur Kollegen, die zum Gewerkschaftsflügel nach Moskau gingen, und die, die eine von den Kommunisten einberufene Konferenz der chemischen Industrie besuchten. Das war doch wahrscheinlich nicht gewerkschaftsfreundlich, es war das stärkste Gegenteil, was die Kommunisten waren.

Wüsch (Düsseldorf) ist erstaunt, daß die Zahnstelle Münster wegen der Vorgänge in Höchst und Leverkusen einen Misstrauensantrag stellt. Kennen denn die Münsterer die Angelegenheit so genau?

Seunner (Düsseldorf) weiß jetzt, als ob manche Kollegen die Prügel, die sie in ihren Zahnstellen erhalten, auf den Verband abladen möchten. Viele Kollegen, die damals den Kommunisten Schulte, Krohm usw. nachgegangen sind, sagen heute offen, wir haben eine Dummheit gemacht.

Sutor (Wiesbaden) stellt fest, daß die Arbeiter in Leverkusen vom Arbeiterrat in Ludwigshafen fortwährend mit Konferenzeinladungen traktiert werden. Durch den letzten Putsch ist bei uns die Organisation zum Teil zerstört worden.

Der Hauptkassierer Hößler erachtet hierauf in seinem Schlusswort, alle Anträge abzulehnen, die eine Streichung der bei der Hauptkasse gemachten Schulden verlangen.

Der Kollege Breit geht in seinem Schlussswort auf die in der Diskussion gemachten hauptsächlichsten Differenzfragen ein. Er erörtert die Entziehungsurtsache des Streiks in Leverkusen und erklärt: Streiks können die Zustimmung des Vorstandes nicht finden, wenn sie wie in Höchst und Leverkusen eingeleitet werden. Die Arbeiterschaft hat in den letzten Jahren körperliches und seelisches Leid genug erlitten, als daß man leistungsfähigerweise ohne Rücksicht neues hinzuzufügen dürfte. Rückichtsloser Klassenkampf ist gefordert. Jawohl, wir wollen ihn führen, aber die Arbeiterschaft darf hierbei nicht Schaden leiden.

Es ist unverantwortlich, wenn einzelne Verbandsfunktionäre draußen im Reiche die Erfolge der Organisation herabsetzen oder verschweigen. Lediglich das wird erzählt, was der Verband nicht erreicht hat. Das ist eine sonderbare Art der Agitation, die nicht vorwärts, sondern rückwärts führt.

Es ist mehrere Male behauptet worden, der ADGB wolle seine 10 Punkte "mit allen gewerkschaftlichen Mitteln" zur Durchführung bringen. Diese Darstellung ist falsch, es heißt, mit allen organisatorischen Mitteln", und das ist etwas wesentlich anderes. Nicht Streik oder Generalstreik sollen diese Mittel sein, sondern Versammlungen, Proteste, Einigungen, Einflussnahme auf Parlamentarier usw.

Bei der nur mehr erfolglosen Abstimmung über die zum Vorstandbericht vorliegenden Anträge wurde der Antrag auf Ausstrahlung aus den Arbeitsgemeinschaften in namenslicher Abstimmung mit 128 gegen 88 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Münsterberg, dem Hauptvorstand das schärfste Misstrauen auszusprechen, wurde ebenfalls abgelehnt, desgleichen die Anträge auf Streichung der Streikschulden einiger Zahnstellen und somit zum Bericht des Redakteurs gestellten Anträge. Angenommen wurde dagegen folgende:

Entschließung zu den Arbeitsgemeinschaften:

"Der 14. ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands stellt fest, daß nach der Vereinbarung mit den Arbeitgeberorganisationen im November 1918 unter anderem die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu erfolgen hat. Diese Vereinbarung war die Grundlage der später gebildeten Arbeitsgemeinschaften. Die Vereinbarung besagt nicht, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen in den Arbeitsgemeinschaften erfolgen soll.

Die Rahmen- und Sohntarife auf sollem Grundlage sind dementsprechend auch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen worden. Einige Arbeitsgemeinschaften sind aber in einer engen Verbindung mit den Tarifgemeinschaften getreten, namentlich durch Übernahme von tariflichen Einrichtungen, wie Schlichtungsstellen und vergleichbar.

Der Verbandstag erachtet in dieser engen Verbindung zwischen Tarif- und Arbeitsgemeinschaft eine Gefährdung des Tarifgedankens.

Er begibt auf die Regelung der Arbeitsbedingungen erachtet der Verbandstag die Loslösung von den Arbeitsgemeinschaften für notwendig und beauftragt den Hauptvorstand, in Zukunft mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden Tarifverträge ohne Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft abzuschließen.

Die Tarifverträge mit den Arbeitsgemeinschaften verbunden sind, hat der Hauptvorstand dieses Verhältnisses unter voller Wahrung der Interessen seiner Mitglieder tunlichst bald zu lösen.

Bei Beratung der vorerwähnten Vereinbarung vom November 1918 stellte sich die Notwendigkeit heraus, zur Durchführung eine partikuläre Organisation zu bilden, nämlich die Arbeitsgemeinschaft. Dieser wurde die gemeinsame Böigung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands betreffenden Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten übertragen.

Die Arbeitsgemeinschaften haben die Aufgaben in der Weise zu erfüllen gehabt, daß sie in Verbindung mit den Regierungsorganen wirtschaftliche Selbstverwaltungsförderer und Außenhandelsstellen auf partikulärer Grundlage erfüllten.

Die Beziehung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsförderer, Außenhandelsstellen und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften, und zwar auf Grund von Vorstellungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die den Arbeitsgemeinschaften angehören sind. Durch Verordnung auf gesetzlicher Grundlage ist den Arbeitsgemeinschaften diese Prüfung zuerkannt.

Der Verbandstag hält unsere Mitwirkung in diesen Körpergruppen für notwendig. Daraus ergibt sich, daß der Ausstieg aus den Arbeitsgemeinschaften so lange nicht ratsam, bis eine andere gesetzliche Regelung dieser Stellen gebildet ist."

Auf Antrag des Ausschusses wird hierauf dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt.

Den Bericht vom Gewerkschaftsflügel erstattet hierauf der Kollege Willemann. Er beschäftigt sich in der Hauptrede mit der Frage der Arbeitsgemeinschaften und der Organisationsformen. Er geht die einzelnen Berufsgruppen unseres Agitationsgebietes durch, prüft die Verteilung und Maßnahmen für unsere Mitgliedschaft bei Abgabe an irgendwelche andere oder an neue Organisationen und sieht lediglich Schaden und Nachteile, falls unsere Organisation direkt Zwang zertreten werden sollte. Ein gleicher Sinn sprachen noch sämtliche Diskussionsredner aus.

(Fortsetzung folgt.)

Opfer der Arbeit im Jahre 1920.

Angesichts der in der letzten Zeit von manchen Unternehmern, Unternehmerorganisationen und deren Presse gegen die Arbeiterschaften und deren Arbeit geübten Schande ist es angebracht, daran zu erinnern, daß seit der Einführung der achtstündigen Arbeitstage die Zahl der Unfälle aller Arbeitertypen und die Zahl der Getöteten erheblich zurückgegangen ist. Schon im Berichte haben wir im "Proletarier" (Nr. 28) in dem Artikel „Opfer der Arbeit im Jahre 1919“ diese Tatjache besonders hervorgehoben. In diesem Jahre kann wiederum festgestellt werden, daß die für 1919 erreichten günstigeren Unfallsahlen nicht nur nicht gestiegen sind, sondern für 1920 zum Teil eine weitere Rückwärtsbewegung aufzuweisen. Angesichts dieser unwiderlegbaren Tatjache ist es unerhört, daß in den Ruf nach Verlängerung der Arbeitstage selbst keine einstimmen, von denen man es nicht erwartet hätte, wie meinen Schippel, Lindemann, Kalisch. Um so erstaunlicher ist es, daß die Regierung mehr Einsicht in dieser Frage befindet als die Genannten. So hat auf dem Leipziger Gewerkschaftstag der Reichswirtschaftsminister Schmidt als Regierungsrat, resp. Regierungsvertreter erklärt: „Solange Arbeitervertreter in den Ministerien sitzen, wird an dem 1. Januar 1921 in Deutschland nicht gearbeitet werden.“ Aus diesen Worten kann die Arbeiterschaft entnehmen, welche starke Bündesgenossen im Kampfe gegen die hohen Unfallsahlen Arbeitervertreter in den Regierungen sind.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nunmehr alles in höchster Ordnung sei. Im Gegenteil, jeder Arbeiter, der als Opfer seines Berufes fällt, ist ein Toter zu viel. Deshalb muß es das Bestreben aller Berufenen sein, für den weiteren Ausbau des Arbeitertyps ebenso einzutreten, wie für dessen Anwendung und praktische Durchführung.

In der folgenden Tabelle sind die wichtigsten Zahlen aus den Jahresberichten der gewerblichen Betriebsgenossenschaften für die letzten beiden Berichtsjahre zusammengefaßt.

wirkung geführt und eine neue Erziehung herbeigeführt werden soll. Es ist dabei auch zu berücksichtigen, daß der Kläger nach dem Urteil den nicht unerheblichen Hinweg nach Wagenhorn antreten mußte.

Der Klage war daher stattzugeben.

Der Antrag auf vorläufige Vollstreckbarkeit ist gegenstandslos, da das Urteil mit Ausstellung rechtskräftig ist.

Die Prozessentscheidung berichtet auf § 91 der Zivilprozeßordnung, ges. Dr. Frey, Frankfurt a. M.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Ermordung Walter Rathenau.

Als die Nachricht von der Ermordung Walter Rathenau eintraf, hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 24. Juni der deutschen Regierung wie dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seiner Teilnahme durch folgende Telegramme Ausdruck gegeben:

An den deutschen Gesandten Herrn von Lucius, Haag.

Bitten Sie, Ihrer Regierung und dem deutschen Volke anlässlich der Ermordung Minister Rathenau den Ausdruck unserer aufrichtigsten Teilnahme und tiefsten Empörung übermitteln zu wollen.

Die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierte Arbeiterchaft, welche in dem Fortbestande der deutschen Republik die wichtigste Voraussetzung für den Weltfrieden erblickt, verurteilt auf das schärfste dieses neue Verbrechen, derjenigen Kreise, die durch ihr verbrecherische und landeskundliche Politik Deutschland immer weiter ins Elend führen und für den Weltfrieden und die Verbesserung der Völker eine ständige Gefahr bilden.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund.

Hilfsmann, Oudegeest, Sekretär.

An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Auf das tiefe erschüttert durch die Nachricht von der feierlichen Ermordung Minister Rathenau übermittelte wir Euch als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse im Namen des organisierten Weltproletariats den Ausdruck unserer tiefgefühlten Abscheus und unserer Entrüstung über diese Bekämpfung der in Deutschland überhandnehmenden Verbrechen der monarchistischen reaktionären Kreise. Wir geben dem festen Vertrauen Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterklasse jetzt derartige Maßnahmen treffen wird, daß die Reaktion in Deutschland für immer vernichtet wird. Um Namen aller zum Internationalen Gewerkschaftsbund gehörenden Arbeiter verbürgen wir Euch die kräftigste mögliche Unterstützung und Hilfe bei dem Säuberungsprozeß, der in Deutschland nötig ist.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund.
Hilfsmann, Oudegeest, Sekretär.

Die kanadischen Gewerkschaften.

Während der letzten Kriegsjahre, seit 1916, machte die Gewerkschaftsbewegung in Kanada erhebliche Fortschritte. 1919 betrug die gesamte Mitgliederzahl aller Arbeiterorganisationen in Kanada 378 047 in 2348 Ortsgruppen. 1920 fiel die Mitgliederzahl um 4205 auf 373 842; dagegen stieg vorläufig noch die Zahl der Ortsgruppen um 71 auf 2919.

Das Jahr 1921 bedeutete eine Wendung in dieser günstigen Entwicklung. Die Gewerkschaften verloren 60 522 Mitglieder und 250 Ortsgruppen.

Von den verbleibenden 313 320 Mitgliedern entfielen auf die internationalen Gewerkschaften 222 896 in 2223 Ortsgruppen. Internationalen war in Nordamerika ebenfalls alle Gewerkschaften, die sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Kanada Mitglieder organisieren. Weiters sind diese Gewerkschaften an den Amerikanischen Gewerkschaftsbund angegeschlossen, z. B. 84 von den 98 internationalen Gewerkschaften, die in Kanada vertreten sind; die anderen vierzehn sind selbständige Organisationen.

Die übrigen 90 424 Mitglieder gehören rein kanadischen Gewerkschaften an, und zwar 45 424 freigewerkschaftlichen Organisationen, während 45 000 katholischen Gewerkschaften angegliedert sind, die seit 1912 in Kanada bestehen und seit dem 1. Januar 1922 in dem Bund katholischer Arbeiter Kanadas (Federation of Catholic Workers of Canada) zusammengefaßt sind.

Die größte zentrale Arbeiterorganisation Kanadas ist der kanadische Gewerkschaftsbund (Trades and Labor Congress of Canada), der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angegeschlossen ist. Erst seit 1881 reorganisiert. Seine Mitglieder bestehen vorwiegend aus Arbeitern, die in den dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angegeschlossenen Internationalen Gewerkschaften organisiert sind. 58 der neu gegründeten kanadischen Gewerkschaften sind maßgebend an in allen Fragen, die in dem Bereich der kanadischen Gewerkschaften oder rein kanadische Verhältnisse betreffen. Sie besitzen für ihre Mitglieder regelmäßige Beiträge an den Kongress. Außerdem gehören zwei kanadische Zentralorganisationen, zwei provinziale Verbände und 58 Ortsausschüsse (Trades and Labor Councils), zu denen sich die Ortsgruppen der Gewerkschaften in verschiedenen Städten oder Bezirken zweckmäßig zusammengefügt haben, dem Gewerkschaftsbund an.

Versammlungstypen.

Der mehr oder minder starke Versammlungsbesitz wird ganz richtig als entscheidender Gradmaßstab des Organisationsinteresses bezeichnet. So wird wohl immer der Fall sein, daß einer Versammlungsbesitz nur bei mit lebhaften Organisationsinteressen und daß solcher Versammlungsbesitz das Wahrschauende gewerkschaftlicher Interessenfoligkeit ist. Es könnten allerdings auch noch andere Gründe als Ursache eines jüngsten Versammlungsbesitzes ins Feld geführt werden, etwa die manchmal reizende geistige Auseinandersetzung der Versammlungen, oder andere föderale Einwirkungen, die manchen Arbeitern den Besuch bereitstellen — jedenfalls aber ist ein guter Versammlungsbesitz ein untrügliches Augenken dahin, daß es mit der Organisation klappt und ein guter Gewerkschaftsbesitz vorhanden ist. Und die solchermaßen die Möglichkeit der Versammlung erleichtert er — denn nur sie bildet die Grundlage für einen und einen trüchtigen Gewerkschaften —, ja, ist in den nachfolgenden Seiten eine Theorie der Typus der verschiedenen Versammlungsbesitzes, deren Besonderheiten mehr oder weniger die gleiche Entwicklung der Gedanke und Weisheit und nicht zuletzt der Grad des Versammlungsbesitzes bestimmt.

Einen großen Teil der Versammlungsbesitzer bilden die kleinen Teilnehmer. Sie hören, reden und Gegenrede rufen an, sponnen sich zu einer Debatte- oder Diskussionsaufstellung ein, stimmen in der Regel für das Vorgebrachte, manchmal auch dagegen, fallen nie aus einer gewissen Referenzreihe, sind nie verbissen, aber auch nie begeistert. Sie haben einen gewissen Respekt vor jeder Versammlung, und sind, da sie selten einer Person zu Seite oder zu Seite stehen, ein gewichtiger Faktor der Versammlung bei den Abstimmungen. In der Abstimmung liegt ihre ganze Würde und trockenheit bestimmen sie damit das demokratische Gewerkschaftsprinzip des öfteren in entscheidender Weise die Ergebnisse.

Die Gegenrede hierzu steht der Protoplatz der Versammlungsbesitzer, der unterdrückende Befrieder und Missbilligungsträger. Da der Regel entspricht er der radikalen Richtung und nicht stets und immer „principiell“ in Opposition gegen den Vorstand. Aber auch hierunter findet man verschiedene Typen. Der eine Typ steckt sich fest in strenge Saftigkeit, trennt streng die Person von der Sache und erachtet auf diese Weise aus des öfteren das gewisse Ziel: er bringt den passiven Widerstand des

Im Jahre 1922 zählte der Gewerkschaftsbund 13 465 Mitglieder. Seitdem ist die Mitgliederzahl fast ohne Rücksicht stetig gewachsen. Außer dem mächtigen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung während und nach dem Kriege hat auch der kanadische Gewerkschaftsbund bedeutsamen Anteil gehabt, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht:

Jahr	Mitgliederzahl	Einnahmen Dollar	Ausgaben Dollar
1916	86.573	13 646,64	10 888,95
1917	81.687	17 542,56	12 671,11
1918	117.498	25 808,80	14 441,64
1919	160.605	41 786,86	27 187,41
1920	173.463	46 827,32	44 969,50
1921	178.778	49 446,88	47 881,64

Im Jahre 1921 hat sich zwar das Tempo im Wachsum exorbitant verlangsamt; als Ganges aber ist der Gewerkschaftsbund an den Verlusten, die insbesondere die internationalen Gewerkschaften erlitten haben, nicht beteiligt.

Die Erntezeit ist da!

Erntefrage! Härteste Not!
Kreult Ihre Hand um unsere Kehlen!
Wie wir auch schuften, wie wir uns quälen,
kaum will es langen zum trocknen Brod!
Sieh, und der Felder goldgelbes Meer
glänzt wieder segnend und ernst schwarz.
Doch unser Brod?! Die Armut erhartet Antwort! Gib Antwort ihr, Gegenwart!

Erntefrage! Der Überfluss quillt rings in des Landes weitem Gefild!
Sait könnte jeder, der Arme auch werden,
wäre die Liebe größer auf Erden!
Aber der Hunger hält jeden in Bann,
der nicht den Blutpreis bezahlen kann....
Volla, du willst Brod? Willst ein Ende der Not?
Willst, daß das Elend nicht länger droht?
Volla, werde stark! Mit hohlen und leeren
Worten kann sich henn' keiner ernähren!
Ford're dein Teil am Segen der Erde,
daß dein Schicksal ein besseres werde!
Sieh: die Halmfrucht reift fern und nah'....
Wisse: die Erntezeit ist da!

Gewerkschaftliche Nachrichten.

10. Generalversammlung der Buchdrucker.

Der Verbandsstag des Zentralverbundes der Buchdruckermiede tagte vom 3. bis 7. Juli im Hotel Krone in Leipzig.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und Erleichtigung gesellschaftlicher Fragen erhielt der Vorstandsvorsitzende Hecht (Berlin) den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er berichtet auf den gedruckten Bericht. Der Vorstand habe nie die weltwirtschaftlichen Probleme aus dem Auge verloren. Die Bestrebungen, die „Eiserne Internationale“ wieder aufzulieben, seien vom Verband lebhaft unterstützt worden. Um aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen, müßte man nicht nur innerpolitisch, sondern auch internationales zusammenstehen. Hecht berichtet dann den Reichtums- und ging hierauf auf die Verschmelzungfrage, die den wichtigsten Beratungspunkt bildete, ein. Die Urabstimmung habe zwar den Anschluß an den Metallarbeiterverband abgelehnt, damit sei jedoch die Frage noch nicht erledigt. Durch die Delegation des Leipziger Gewerkschaftsbundes über die Schaffung von Industrieverbänden müßte im Verbandsstag erneut mit der Frage beschäftigt werden. Der Redner betont, daß der sich wiederholenden Richtungsdebatten über die Politik des ADGB und den Leipziger Gewerkschaftsbund wurde eine Resolution, die sich begegnen richtet, daß der Tätigkeit des Zentralsekretärs Schießle Anerkennung gesollt werde, gegen 25 (unter 150) Stimmen abgelehnt. Eine tiefegehende Unzufriedenheit äußerten alle Redner, ohne Unterschied der Partei, mit der Lage des Buchdruckerstandes, weshalb die Generalversammlung dann auch eigens über die vorgezogene Dauer hinaus bestimmt habe, um jeder zu dem Resultat der am 12. Juli zwischen Gewerkschafts- und Prinzipialvertretern stattfindenden Verhandlungen über Leistungsaufgaben für das ganze Reich Stellung zu nehmen.

In der Frage des Industrieverbands belastete sich der Verbandsstag in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 62 Stimmen zum Gebot der Verschmelzung der vier graphischen Verbände und beschloß, daß im Buchdruckerstande zur weiteren Fortsetzung der Frage eine Urabstimmung darüber stattfinden soll.

Der Standpunkt zur Tariffrage (die Unternehmer haben den Tarif gekündigt) kam in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution zum Ausdruck, wonach die Generalversammlung sich ernst auf den Boden der Tarifgemeinschaft stellt und sie für die volle Ausübungsfähigkeit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zentralem Wege auspricht.

Nach einem Referat über den Punkt Lehrlingsabteilung, Fangoth und drucker, Lehrlingsordnung sprach sich die Generalversammlung dahin aus, mit allen gesetzlichen Mitteln zu versuchen, den Widerstand der zentralistischen Prinzipale gegen die Lehrlingsordnung zu brechen. Anträge zur Ausgestaltung der Jugendpflege, einschließlich eines solchen zur Anstellung eines Jugenddirektors, wurden dem Vorstand zur Verabschiedung überreicht. Direkte Annahme fanden die beiden Anträge, ab 1. Oktober den „Jungbuchdrucker“ einzustimmen sowie einmal monatlich erneut zu lassen und den Wochenende der Lehrlinge zur Lehrlingsabteilung (ab 1. Oktober) von 50 Pf. auf 1 M. zu erhöhen.

Ein sehr interessantes Referat Höhnes (Verband) gab ein Bild der technischen Entwicklung im Buchdruckergewerbe. Eine Ausprache über ein von den beiden Vorständen des Verbandes der Buchdrucker und des Verbandes der Lithographen und Steindrucker getroffenes Abkommen über die Preisgestaltung und Bedienung von Offsetmaschinen zeigte gegen vier Stimmen die unerwartete Annahme der beiden Vorstände ausgesuchtes Berechnung.

Nach einem ausführlichen Referat des Vorstandes des Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker, Dreßler (Berlin), über die Aufgaben und das bisherige Arbeit der Verbände wurde der Vorstand ermächtigt, wenn die Notwendigkeit nachgewiesen wird, dem Bildungsbund mit Geldmitteln bei seiner vom angestammten Arbeit der Seite zu stehen.

Eine größere Reihe von Belehrungen bezieht sich auf Änderungen des Status, um die Anstellung einer neuen Präsidentin mit 10 Stimmen zu bestimmen, die Konstituierung einer Kommission für Änderungen des Beitrags- und Unterhaltungsgesetzes genehmigt. Als Weiterbeitrag für Vollmitglieder tritt dadurch an Stelle des gegenwärtigen Beitrages von 17 Pf. (ausgenommen Gew. und Belegschaftsmitglieder)

zwei von dem des radikalen Oppositionsredners. Der letztere fühlt sich am meisten als Verbandsgegner. Falls man ihn wirklich mal „verehren“ oder aus „Boden“ in den Verband wählt, dann wird er bald wieder dieses lästige Amt von sich werfen. Er führt die Versammlung mit das Geze, sein Clement ist und bleibt das triste Wasser der unentzündlichen Opposition, nur in diesem plätschernden Teil der Versammlungslongerie fühlt er sich frei und ungebunden und kann er am ehesten auf den Beifall der Gläubige reagieren, der ihm Lebenbedürfnis geworden ist.

Doch kehren wir nach Dreßler angekündigten Änderungen wieder zu dem zweigeteilten Typ des Versammlungsbesitzers zurück. Nach dem Beifall der Masse geht er nicht. Die Gläubige imponeert ihm nicht im geringsten. Er steht es für nötig, unbestimmt den Weg zu finden, der der Gewerkschaft zum Vorstand dient. Mindestens darf er die Gewerkschaften an, die manchen Wünschen und Forderungen im Wege stehen. Er appelliert nur an den Verband, nie an die Gew. Streng unterschiedet er das Durchsichtbare vom Unersichtbaren, stets steht er mit beiden Seiten auf dem Boden der Wirklichkeit, verliert sich nie inphantastische Zukunftswelten und ist für keinen Kollegen das, was er ist das Rad und Trümmer des.

Dieser Typ ist das wahnsinnig vorwärtsziehende revolutionäre Element in den Gewerkschaften. Die Erfahrung lehrt, daß er nicht am Anfang steht, sondern später, wenn es langsam, in dem über dem Ziel. Zu wundern wäre, daß in jeder Versammlung dieser Typus so häufige Erfahrung, durch eingeschlossene Stimmabstimmung, gemacht wird. Das liegt nicht nur im Interesse jeder Gewerkschaft, sondern im Interesse des Versammlungsbesitzers selbst. Der Gewerkschaften hört auch heute noch die große Weisheit der Versammlungsbesitzer nicht, und sie kann die Gewerkschaften nicht in die Zukunft führen. Und darin liegt für die Gewerkschaftsversammlung ein hoher Gewinn. Da aber, lieber Dreßler (falls er nicht der Fall ist), rats ich, es dem leichtgeklärten Typ des Versammlungsbesitzers gewünscht zu werden und entsprechend zu handeln. Dann wird dem Gewerkschaftsvorstand der Gewerkschaftsverein verboten, die Versammlungen wieder abzubrechen und bestimmt aufzulegen. Und darin liegt für die Gewerkschaftsversammlung ein hoher Gewinn. Da aber, lieber Dreßler (falls er nicht der Fall ist), rats ich, es dem leichtgeklärten Typ des Versammlungsbesitzers gewünscht zu werden und entsprechend zu handeln. Dann wird dem Gewerkschaftsvorstand der Gewerkschaftsverein verboten, die Versammlungen wieder abzubrechen und bestimmt aufzulegen. Und darin liegt für die Gewerkschaftsversammlung ein hoher Gewinn.

Der Gewerkschaftsvorstand ist der Gewerkschaftsverein verboten, die Versammlungen wieder abzubrechen und bestimmt aufzulegen. Und darin liegt für die Gewerkschaftsversammlung ein hoher Gewinn. Da aber, lieber Dreßler (falls er nicht der Fall ist), rats ich, es dem leichtgeklärten Typ des Versammlungsbesitzers gewünscht zu werden und entsprechend zu handeln. Dann wird dem Gewerkschaftsvorstand der Gewerkschaftsverein verboten, die Versammlungen wieder abzubrechen und bestimmt aufzulegen. Und darin liegt für die Gewerkschaftsversammlung ein hoher Gewinn. Da aber, lieber Dreßler (falls er nicht der Fall ist), rats ich, es dem leichtgeklärten Typ des Versammlungsbesitzers gewünscht zu werden und entsprechend zu handeln. Dann wird dem Gewerkschaftsvorstand der Gewerkschaftsverein verboten, die Versammlungen wieder abzubrechen und bestimmt aufzulegen. Und darin liegt für die Gewerkschaftsversammlung ein hoher Gewinn.

Da aber ist der Zweck jeder Versammlung. (Deutschstädtischer Metallarbeiter.)

Beilage zum Proletarier

Nummer 29

Hannover, 22. Juli 1922

31. Jahrgang

Verwirrung und Entwirrung.

Da und dort heißt es jetzt: Die Weltmarktpreise sind erreicht oder überschritten, und über die Bedeutung der Erreichung oder Überschreitung der Weltmarktpreise wird viel hin- und hergeredet. Die Folgen der neuen Preisgestaltung werden ab und zu in sehr schwarzen Farben ausgemalt. Derartigen Auslassungen gegenüber aber sollte man sehr vorsichtig sein. Zunächst sind die Tatsachen selber zu prüfen: ob das Behauptete auch wirklich so ist, wie es behauptet wurde, dann sind die daraus abgeleiteten Schlüsse oder Folgerungen genau unter die Lupe zu nehmen. Stimmen die Behauptungen nicht mit der Wirklichkeit überein, dann hat es gar keinen Sinn, die daraus abgeleiteten Schlüsse oder Folgerungen genauer anzusehen. Denn: aus falschen Behauptungen können niemals richtige Schlüsse gezogen werden. Anders ist es mit den richtig beobachteten Tatsachen, aus denen falsche Folgerungen abgeleitet werden. Darauf ist die Aufmerksamkeit besonders zu richten, weil viele nicht merken, daß falsch gefolgert wurde. Sie stehen im Banne der nicht zu bestreitenden Tatsache, merken aber nicht, wann der Boden der sicheren Erwartung verlassen wird, wann Trübsäume sich einzumisten beginnen.

Auch vor allgemeinen Redensarten wie: Wir wissen alle nichts, ist zu warnen. (Wer so spricht, mag das für sich behaupten, dazu ist er berechtigt, er begeht aber eine grobe Faulheit, wenn er seine Aussöhnung verallgemeinert.) Ebenso ist zu bedenken, daß viele wirtschaftliche Ereignisse nicht für alle Länder, für alle Zeiten und für Urtheile, Wahr, Wahrheit und Falsch gelten. Eine Regel, die bisher gegolten hat, kann sich in ihr Gegenteil umwenden. So galt es als eine Regel, daß bei eintretender Geldentwertung eines Landes die Ausfuhrmöglichkeiten dieses Landes wachsen und sich die Einfuhrmöglichkeiten vermindern. Nun hat sich aber in Österreich gezeigt, daß neue Geldentwertungen keineswegs die Ausfuhrmöglichkeiten erleichtern müssen, sondern daß die Höhe der Produktionskosten einen solchen Grad erreichen kann, daß die Ausfuhrmöglichkeiten auch bei neuer Geldentwertung nicht leichter werden. Die Geldentwertung zieht eben, je länger sie ihr Spiel treibt, eine ungeheure Verwirrung an. Mit einem Wort: Viele verlieren die Maßstäbe für die richtige Beurteilung der Dinge. Weil das eigene Geld im Werte immer mehr fällt, hin- und her schwankt, ist es schwer oder fast unmöglich, sich irgendwie für die Zukunft eine gewisse Lebenshaltung oder gewisse Preise zu sichern.

Aus der Entwicklung der verschiedenen Länder, die sich an der Weltmarktwirtschaft beteiligen, wissen wir, daß auch in ruhigeren Zeiten nicht gerade das Land oder das Werk am wettbewerbsfähigsten war, das die wenigsten Löhne hatte, sondern eben das Land oder das Werk, das im gesamten (Wöhne, Wirtschaftlichkeit, Arbeitsarten, Organisation) dem anderen überlegen war. Auch die Länder oder Werke mit den längsten Arbeitszeiten waren nicht die erfolgreichsten. Ohne näher auf die Ursachen dieser bei oberflächlicher Betrachtung vielleicht verbünderten Tatsachen einzugehen, sei doch bemerkt, daß alle Überkreuzungen in der Arbeitszeit, in niedrigen Löhnen einen ungünstigen Einfluß auf Werk und Stundenleistung ausüben. Im Wettbewerb der Völker untereinander werden Waren um Waren getauscht. Wer dieselben Waren billiger liefern kann, wird den andern überflügeln. Ob die Löhne hoch oder niedrig sind (vergleichen mit einem an Wert etwa sich gleichbleibenden Gelde), kommt dabei gar nicht in Betracht. Der Güterhersteller oder Händler, der im gesamten billiger (bei derselben Beschaffenheit) liefern kann, wird im Wettbewerb siegen. Es wird jozusagen Leistung um Leistung getauscht, nicht aber sind die niedrigen Löhne oder hohe Arbeitszeiten entscheidend für den Wettbewerb.

Im allgemeinen wirken niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten (das ist die Regel) produktionshemmend oder so ausgedrückt: die Überlegenheit, die ein Land oder ein Werk in niedrigen Löhnen oder langen Arbeitszeiten hat, kann und wird von einem andern Land oder einem andern Werk oft durch die schon erwähnten Überlegenheiten (verbesserte Technik, größere Wirtschaftlichkeit im Betrieb, erfolgreichere Arbeitsarten, leistungsfähigere Organisation) mehr als ausgeglichen. Der Vorteil der niedrigeren Löhne oder längeren Arbeitszeiten schlägt, je länger er dauert, leicht in die angekündigten großen Nachteile um. So ringt im Wettbewerb des Weltmarktes jozusagen ein Vorteil mit dem andern oder einer Überlegenheit mit der andern. Dabei kann es allerdings nur darauf ankommen: Welche Überlegenheit siegt. Wenn dieser Vorteil schwächer daher auf keine Formel, sondern je höher und bedeuten die Wirtschaftstatsachen, die zusammen den Wettbewerb ermöglichen oder erleichtern. Dahin gehören auch: Qualität (Auswertbarkeit der Ware, Leistungsfähigkeit der Maschinen, Haltbarkeit der Werkzeuge und ihre Anpassung an den Bedarf), schnelle oder langsame oder zögernde Lieferung, Transport Schwierigkeiten oder - erleichterungen, Umladungsmöglichkeiten in den Häfen (schnelle oder langsame), die Art der Arbeitsteilung aller möglichen Maschinen, zweckmäßig besetzte Betriebsmittel (auf der Aus- und Rückfahrt, Leerlauf verhindert die Wettbewerbsfähigkeit) und ähnliche Wirtschaftstatsachen sind bei der Beurteilung des Wettbewerbs in der Weltmarktwirtschaft zu berücksichtigen.

Ganz verkehrt ist es, während der steigenden Geldentwertung vom Lohnhaben zu sprechen. In einer Fachzeitchrift war zu lesen, daß Überstunden und Lohnherabsetzungen die Produktion verbilligen. Nach dem, was hier darüber gesagt wurde, muß man solchen Bescheinigen die Türe zeigen, insbesondere dann, wenn die Geldentwertung immer noch ihr Unwesen treibt. Überstunden mögen als Ausnahme Fällen bringen, von Lohnherabsetzungen bei steigenden Kosten für die Lebenshaltung zu sprechen, wird aufreizend. Allerdings, man darf auch nicht einfach glauben, daß sich die Löhne mit der Geldentwertung ohne Schaden für die Ausfuhr in die Höhe treiben lassen. In diesem Ausfall wurde ja schon angedeutet, daß es beim Wettbewerb auf die Leistung der einzelnen Werke ankommt und auf die Billigkeit, Qualität, Transportkosten und ähnliche Dinge. Das Grunddubel ist die verdeckte Geldwährung. Sie in Ordnung zu bringen, ist die wichtigste volks- und privatwirtschaftliche Förderung. Was hilft es uns, wenn die Weltmarktpreise erreicht sind und wenn dann durch einen neuen Sturz der Mark wieder alle Rechnungsgrundlagen umgeworfen werden. Die Lösung wäre beim Streben nach dem Weltmark-

preis: ihm immer rasch nach! Viele machen sich nicht klar, daß es sich auch in volkswirtschaftlichen Fragen oft nicht um ein Entweder-Oder handeln kann, sondern um die Wahl des größeren oder kleineren Übelns. Wer sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt, weiß, daß die Verkäufe erheblich unter dem Weltmarktpreis (die sogenannten Ausverläufe) durchaus nicht das sind, was Deutschland erstreben muss, sie sind aber kaum zu vermeiden, wenn plötzlich das Ungewissen einer starken Geldentwertung über uns hereinbricht. Der Weltmarktpreis an sich wird unter einer Geldentwertung keine Verbesserung der heimischen Wirtschaft bringen. Einiges anderes ist es mit der Ordnung der Währung; sie wird zwar auch nicht plötzlich zu viel besserer wirtschaftlichen Verhältnissen führen, aber doch eher und sicherer als die Jagd oder das Streben nach dem Weltmarktpreis. Doch es auf die Dauer nicht vorteilhaft für Deutschland ist, erheblich (wohlgemerkt: erheblich!) unter den Gestaltungskosten der Haupthandelsländer Güter herzustellen und zu vertreiben, ist einzusehen. Die große Gefahr einer solchen Volkswirtschaft ist — wie schon hervorgehoben wurde — Rückgang, Stillstand in der Technik und all der anderen Wirtschaftstatsachen, die den Wettbewerb ermöglichen. Konturz, Arbeitslosigkeit wären die Folgen davon.

Eigentlich an der Entwertung des deutschen Geldes ist, daß die Entwertung in viel höherem Maße vor sich gegangen ist, als es sich nach der vermehrten Ausgabe von Geld vermuten ließe. So betrug der Geldumlauf (Gold- und Papiergele) zusammengekommen vor dem Kriege etwa 6 Milliarden Mark, im Juni 1922 aber etwa 165 Milliarden Mark (mit Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen). Von diesen 165 Milliarden Mark befindet sich nach Zeitungsmeldungen ein erheblicher Teil im Auslande. Wenn man aber diesen Teil auch voll mitzählt, ergibt sich, daß der Notenumlauf ums 27½fache gespiegelt ist, dagegen ist die Entwertung des deutschen Geldes (vergleichen mit dem Goldegeld) ums 80fache vorgeschritten. An diese Berechnungen knüpft Dr. Felix Pinner einige sehr beachtenswerte Erörterungen an. Er schließt daran, daß es überhaupt an Geldmitteln fehle, um die Inlandspreise völlig an die Währung anzupassen. „Die Geld- und Kapitalknappheit der letzten Monate ist zweifellos auf dieses Missverhältnis zurückzuführen, und da es sich dabei um eine bewußte, mit Kredit einschränkung verbundene und ihr von außenher aufgezwungene Finanzpolitik unserer Regierung handelt, müssen sich schon aus dieser Dämpfungs- und Einschränkungspolitik starke Hemmungen für die freie und — wenn man so sagen darf — gejunde Auswirkung einer industriellen Anpassungspolitik ergeben.“

Wir können, so behauptet Dr. Pinner, höchstens tief in die ungewisse Anpassungspolitik hineingeraffen, die das Problem der Geldknappheit nur durch Berringerung der Produktion unter verstärkter Erhöhung der Preise zu lösen vermöge. Pinner meint — etwas deutlicher gesprochen —, die Entente verlangt Einhaltung der Papiergeleausgabe, durch die Anpassung an die Weltmarktpreise aber wachse der Geldbedarf, da er aber nicht befriedigt werde, wachse die Geldknappheit immer mehr. Von der Geldknappheit aber würden sich die Beteiligten durch höhere Preise zu befriedigen suchen. — Wohin aber die ungestüme Papiergeleausgabe führen kann, daran stehtts kein Land hin. Ein Bericht kostete vor „Anklage und Schreibe“ 380 000 Rubel. Der Schreiber dieser Aufführung meint dazu: Aus diesem Beispiel könne man erschließen, welchen Grad eine Währung erreichen kann, ohne daß für darum aufhören, als Zahlungsmittel wenigstens im inneren Bereich zu dienen. Welche Folgen aber so triste Entwicklungen haben können, dafür zeigt Österreich. Da hatte die plötzliche Abwertung des Geldes einen Augenblick das wirtschaftliche Leben zum Stocken gebracht. Niemand wollte mehr, wie die Nachrichten lauteten, um Kronen verkaufen. Wie müssen die Menschen über dieses starke Sinken der Krone erschüttert gewesen sein. Sie besannen sich aber wieder darauf, daß auch stark entwertetes Geld eben doch noch Geld ist, und so ging es mit dem Gelde wieder etwas vorwärts. Solche Schreckgespenster, wie das eben gemeldete, schwelen aber so lange über einem Lande, als die Währung nicht geordnet ist. Deshalb ist die Währungsordnung das wichtigste Gebot der Wirtschaftspolitik, nicht die Anpassung an die Weltmarktpreise.

Über die kommenden Möglichkeiten des Geldwagens äußerte sich H. Lütfeldt etwa so: Wenn die Inflation (Vermehrung des Papiergeles) zunimmt und die ausländische Kapitalsuchsucht nicht ausreicht, steigen die Devisenkurse (d. i. der Wert des Geldes im ausländischen Auslande) und die Warenpreise. Es kann nach seiner Meinung auch sein, daß die Inflation weiter geht, daß aber die Devisen und der Inlandswert der Mark nicht dem Anwachsen der Inflation folgen (also der Wert fest bleibt), weil genügend ausländischer Kredit zu erhalten ist. Die Kreditnot würde in diesem Falle abnehmen, aber die Wertpapiere steigen. Die dritte Möglichkeit wäre der Stillstand der Inflation etwa in der Weise, daß die Mark gestoppt wird. Darauf würden die Preise und Devisenkurse sinken. Die Folge davon wäre: Vorübergehende Kreditanspannung, spätere Geldüberersetzung der Mark und Kreditdelektionen. — Bei alledem wird entscheidend sein, in welchem Maße Deutschland und in welcher Zeit es seinen Verpflichtungen an die Entente nachkommen muss. Welche bringt die Finanzen die so ungewöhnliche Lösung. Wie es kommt, kann niemand im voraus sagen, aber sich mit den möglichen Lösungen zu befassen, bereitet auf das Kommende vor. Die entsprechende Einstellung ist leichter, wenn man sich diese Dinge besser überlegt hat.

Das der Industrie

Chemische Industrie

Aus alter Zeit?

Die deutsche chemische Industrie ist in verblüffendem Ausmaß hinter Zeit und Ressorten Anfängen zu hoher Blüte gekommen. Die Unternehmer haben es durch geschickte Verbindung von Taktik und Taktik verstanden, die Betriebe konkurrenzlos und rentabel zu gestalten. Wir brauchen an dieser Stelle nicht zu wiederholen, welche ungemeine Größe sie im Laufe der Jahre auf die chemische Industrie herabgesetzt. Der Gerechtigkeit halber wollen wir jedoch auch erläutern, daß die ganze Arbeitsmethode der

chemischen Industriestruktur darauf eingestellt war, den Preis der technisch anwendbaren Farbstoffe zu erweitern und, damit verbunden, die Preise für das Produkt ganz erheblich herabzudrücken. Das ist auch weitestgehend gelungen, und teure Pflegemittel und leidende zu billigeren Preisen auf den Markt geworfen worden.

Diese im volkswirtschaftlichen Sinne segenstreiche Entwicklung hat sich aber nur vollzogen unter Anebelung und mangelhafter Entlohnung der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Wir haben vor dem Kriege wiederholt darauf hingewiesen, daß die chemische Großindustrie, vor allem die Farbenindustrie, die Arbeiter vor Gesundheitsgefahren nicht genügend schützt und ungenügend entloht und ihnen durch Arbeitsordnungen und dergleichen die Bewegungsfreiheit hemmt, so daß die Arbeiter dem chemischen Industrie-Kapital willenslos ausgeliefert waren. Arbeiterorganisationen wurden nicht gebildet, und wo Unfälle vorhanden waren, wurden diese mit allen Mitteln bekämpft. Nebenher bestanden Abmachungen zwischen den Firmen, die die Freizügigkeit der Arbeiter stark beschränkten oder gänzlich aufhoben. Gerechtigkeitsmäßig wurden diese Maßnahmen von den Unternehmen mit dem Hinweis, daß das Überlaufen der Arbeiter von einem Betrieb zum anderen Betriebsgeheimnisse gefährde.

Wir haben auch wiederholt darauf hingewiesen, daß die Chemiker in den Betrieben unter ähnlichen Verhältnissen zu leiden hatten, und daß sie noch stärker als die Arbeiter durch Dienstverträge gebunden und durch Geheimverträge am Stellvertretung gehindert wurden. Solche Mittelungen erregten den Zorn der chemischen Industriellen und wurden auch durchweg bestritten.

Nunmehr bringt die „Chemiker-Zeitung“ unter der Überschrift: „Vor vierzig Jahren“ einen Artikel, in dem ausgeführt wird, daß den heutigen Chemikern kaum noch bekannt ist, unter welchen Bedingungen die Chemiker in den Anilinfabrikationen Anfang der achtziger Jahre angefecht wurden. Durch Veröffentlichung einer Anstellungsbedingung wird Licht in die Stolzenverhältnisse der Chemiker der achtziger Jahre gebracht. Um auch unsere Kollegen mit dieser Unterdrückungsthürde bekannt zu machen und unsere früheren Angaben durch Tatsachen zu erhärtten, lassen wir diesen Anstellungsbetrag in vollem Wortlaut folgen.

Allgemeine Anstellungsbedingungen für Laboratoriumschemiker

1. Sie verpflichten sich durch eidliches Gelöbnis, ohne meine besondere schriftliche Einwilligung oder ohne meine beiderseitige schriftliche Einwilligung oder ohne meinen beiderseitigen jüdischen Kasten von allen denjenigen Angelegenheiten meines Geschäfts, welche Ihnen nicht selbst übertragen sind, insbesondere den Art und den Mengenverhältnissen der Rohstoffe, den Einrichtungen, den Verarbeitungsmethoden und den Reaktionsen meiner Fabrikation sowie den von Ihnen Mitarbeitenden ausgeführten Laboratoriumsarbeiten und ebenso auch von den geplanten künftigen Angelegenheiten keine Kenntnisnahme zu suchen und alles, was Sie etwa doch erfahren, nicht nur noch an mich als Geschäftsgesheimnis zu bewahren, sondern auch nicht an andere mitzuteilen. Wenn Sie Ihren Inhalt Ihres Anstellungsbetrages als Geschäftsgesheimnis zu behandeln und namentlich auch nicht um Ihre Mitarbeiter im ganzen oder einzelnen Teile deselben mitzuteilen.
2. Sie verpflichten sich durch eidliches Gelöbnis, eine gewisse Zeit nach Ihrem Austritt oder Ihrer Entlassung aus meinem Geschäft, deren Dauer in besonderen Bedingungen Ihres Anstellungsbetrages festgelegt ist, in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika, welche meine spezielle schriftliche Erlaubnis weder in einem Geldstück noch in dieser Zeit dieselben Artikel oder auch nur einen der selben fabriziert wie ich während Ihrer Anstellung bei mir, irgendwie tätig zu sein oder darin eine Anstellung anzunehmen, noch ein solches Geschäft allein oder mit anderen für Ihre oder fremde Rechnung zu beginnen oder füg an einem solchen zu beteiligen, noch in einem Geschäft, welches meine Artikel nicht fabriziert, die Fabrikation derselben einzuführen oder bei der Einführung bezüglich zu sein, noch Mitteilungen über Einrichtungen, Verfahrensweisen, Fabrikationsresultate, Laboratoriumsberichte usw. an andere zu machen, noch überhandt irgendwelche Handlungen zu begehen, welche meine geschäftlichen Interessen schädigen. Sollten Sie eine der vorstehend beigelegten Handlungen dennoch begehen, so haben Sie mir, wiedergabend der mir gesetzlich zustehenden Menge zur Erfüllung meiner Rechte, für jeden einzelnen Fall eine Kompensationstrafe in dem durch die besonderen Bedingungen festgesetzten Betrage zu bezahlen.
3. Sie anerkennen ausdrücklich, daß alle Resultate Ihrer Arbeiten mein und nur mir der in § 2 angegebenen Verjährung nach für Eigentum sind und verpflichten sich zu rücksichtiger Mitteilung derselben an mich resp. Ihren Vorgesetzten sowie zu fürtner Geheimhaltung derselben gegen Dritte, und zwar nicht nur nach außen sondern auch gegen die anderen Betriebsangehörigen, sofern ich Ihnen nicht spezielle schriftliche Erlaubnung der Auftrag zur Mitteilung an solche erteilt habe. Sie dürfen namentlich auch kein Patent auf ein bei mir gefundenes Verfahren nehmen; vielmehr habe lediglich ich feste das Recht dazu. Daselbe wird ebenfalls auf Sie gegen Sie.
4. Ihre Aufgabe im allgemeinen besteht in der Ausführung chemischer Arbeiten im Laboratorium und den damit zusammenhängenden sonstigen Arbeiten, und zwar dürfen Sie sich während Ihrer Anstellung im Geschäft ausschließlich nur mit denjenigen speziellen Aufgaben beschäftigen, welche Ihnen von mir resp. von Ihrem Vorgesetzten gezeigt werden. Nur mit besonderer Erlaubnis für jeden einzelnen Fall ist es Ihnen gestattet, andere Arbeiten vorzunehmen an andere zu machen, noch überhandt irgendwelche Handlungen zu begehen, welche meine geschäftlichen Interessen schädigen. Sollten Sie eine der vorstehend beigelegten Handlungen dennoch begehen, so haben Sie mir, wiedergabend der mir gesetzlich zustehenden Menge zur Erfüllung meiner Rechte, für jeden einzelnen Fall eine Kompensationstrafe in dem durch die besonderen Bedingungen festgesetzten Betrage zu bezahlen.
5. Sie sind verantwortlich für die von Ihnen resp. unter Ihrer Leitung ausgeführten Arbeiten, insbesondere auch
 - a) für die sachgemäße Verwendung der dazu gelieferten Materialien;
 - b) für die Erfüllung der dafür vorhandenen resp. Ihnen überwiesenen Einrichtungen, Lokalitäten und Gebäude;
 - c) für die Einhaltung der bestehenden resp. Ihnen schriftlich durch Antrag oder mündlich mitgeteilten Verordnungen und Befehle;
 - d) für die Verodnung der Bedingungen der Verfahrmittel und der von mir eingegangenen Verpflichtungen und für die dazugehörige Richtigkeit der derselben genannten Anordnungen;
 - e) für die Richtigkeit der bestehenden geleglichen oder zeitlichen Verhältnisse und namentlich derjenigen über die Arbeitsverhältnisse, der Gewerbeplage etc.;
 - f) für das ordnungsmäßige Vorhandensein der erforderlichen Verlags- und Schutzrechte gegen Verhüllung von Urhebern;
 - g) für die Erteilung der nötigen Anweisungen an Untergebene sowie für deren ausreichende Bekanntmachung für die denselben übertragenen Verhältnisse.
6. Ihre Verantwortlichkeit geht nur soweit, als die betreffenden Verhältnisse bei Ihrem Wirkungsbereich in Betracht kommen. Sie soll resp. wenn und insofern Sie lediglich die von mir resp. Ihren Vorgesetzten erhaltenen Aufträge zur Ausführung bringen.
7. Ihre regelmäßige Arbeitszeit in die von mir für die Laboratoriumsingenieure festgesetzte Arbeitszeit, deren Abänderung mir jederzeit freiheitl. Sie sind aber auch verpflichtet, außer der regelmäßigen Arbeitszeit zu arbeiten, sofern dies erforderlich erfordert, werdet mir offen die endgültige Entscheidung zuliegen.

